

Können Hauptamtliche für Entlastung in der Feuerwehr sorgen?

Bei der Versammlung des Kreisfeuerwehrverbands ging es auch um grundsätzliche Themen der Feuerwehr, ihrer Aufgaben und wie diese eventuell neu sortiert werden müssten.

Von Kurt Lautensack

Milz – Die Ausführungen von Kreisfeuerwehrverbandsvorsitzendem Norbert Schneider und Kreisjugendfeuerwehrwart Jens Schubert boten reichlich Stoff zur Diskussion zu Meinungsäußerungen der (politischen) Gäste. Landrat Thomas Müller dankte zunächst dem Gastgeber des Hauses, dem Karnevalsverein Milz, für die Bereitstellung der Räumlichkeiten sowie den Milzer Feuerwehrleuten für die Versorgung. Müller erinnerte an die Diskussion über neue Strukturen und die möglichen Veränderungen. „Die Freiwilligkeit in der Feuerwehr und die Notwendigkeit eines Verbandes“ seien zwar zwei getrennte Dinge, zwischen beiden sei aber ein „Miteinander nötig“. Dabei müssten die Gemeinden auch „Veränderungen in den kommunalen Strukturen der Freiwilligen Feuerwehr zulassen“, weil es auch Situationen gebe, die über die Gemeindegrenzen hinausgingen.

Wichtig sei, so der Landrat, dass „wir als Landkreis bei der Erfüllung unserer Aufgaben auf die Feuerwehr



Präsidium (von links): Michael Friedel, Thomas Müller, Kristin Floßmann, Henry Worm, Claudia Scheerschmidt (verdeckt), Steffen Harzer, Jörg Teubert, Jens Schubert.

Foto: K. Lautensack

zurückgreifen können“. Für ihn sei die Feuerwehr ein Baustein des ehrenamtlichen Engagements. Er denke nur an die Autobahn- bzw. Tunnel-Feuerwehr, an die ICE-Strecke und an die Aufgaben in den Städten und Gemeinden. Alles zu bewältigen sei nicht ganz einfach. Der Landkreis habe eine Menge getan, was Technik, Ausstattung oder den Bau von Gerätehäusern angehe. Probleme seien, genügend Personal zu bekommen und die gestiegenen Einsatzstunden. Hinzu komme, dass die Fahrzeuge inzwischen „technische Meisterwerke“ seien, die aber auch beherrscht werden müssten, um einsatzbereit zu

sein. Die Feuerwehr werde immer „von außen bewundert“, doch man müsse schauen, so Müller, wie „gewisse Strukturen hauptamtlich besetzt werden können“.

Um die vielen Aufgaben zu bewältigen, sei es gut, dass es den Kreisfeuerwehrverband als verlässlichen Partner gebe. Was die Nachwuchsarbeit und die Zusammenarbeit mit den Schulen betreffe, so hoffe er „auf Verständnis bei den Schulleitern“, sagte Thomas Müller. Die Kinder müssten frühzeitig für die Feuerwehr begeistert werden, denn andere Vereine wollten dies ebenfalls. Zur Unterstützung der Arbeit des KFWV

überreichte er Norbert Schneider einen Scheck.

Kristin Floßmann (MdL, CDU) griff die Nachwuchsarbeit auf, die nur funktioniere, „wenn alle gemeinsam an einem Strang ziehen, auch die Eltern“. Anschließend ging sie auf Punkte der Novellierung des Brand- und Katastrophenschutzgesetzes ein, dass gegenwärtig im Landtag aktuell sei. Hier bemängelt die CDU-Politikerin, dass zwar der Brandschutz enthalten, aber keine finanzielle Unterstützung vorgesehen sei. Ebenfalls müsse genauer über die Verantwortung überregionaler Straßen geredet werden, über Zuständig-

keiten an Bahnstrecken und wie der überörtliche Brandschutz gestärkt werden könne. Viele Dinge seien „Sache der Landesregierung“ sagte in seinem Grußwort Jörg Teubert vom Thüringer Feuerwehrverband, dazu gehöre die Bedarfs- und Entwicklungsplanung, ergänzte Floßmann. Deutliche Unterschiede gebe es zwischen einer Berufs- und einer Freiwilligen Feuerwehr, wobei sich die Berufsfeuerwehr gar nicht die Probleme der Freiwilligen Feuerwehr vorstellen könnte. Wenn das Land Aufgaben übertrage, dann müsse es auch „für eine ordentliche Finanzierung sorgen“, sagte Kristin Floßmann abschließend.

Ähnlich sah es auch Henry Worm (MdL, CDU), der bei der Gesetzesnovellierung „keine ganzheitliche Lösung“ erkennen könne. Die Freiwillige Feuerwehr könne nicht mit Vereinen verglichen werden, weil sie Verantwortung für Gut und Leben habe und das koste eben auch Geld, sagte Worm, der als amtierender Bürgermeister von Neuhaus am Rennweg die Probleme kennt.

Die kennt auch Claudia Scheerschmidt (MDL, SPD) aus Oberschöna, wo sie bis September 2017 18 Jahre Bürgermeisterin war und inzwischen das Wahlkreisbüro von Uwe Höhn mit übernommen hat. In den 18 Jahren habe sie das Umdenken gelernt und hat „höchste Achtung vor den Frauen und Männern der Feuerwehr. Doch sieht sie deutliche Verbesserungen durch die neuen Gesetzesinhalte. Da der Brandschutz

eine Pflichtaufgabe sei, seien bereits sieben neue Lehrkräfte in der Landesfeuerwehrschule eingestellt worden. Auch seien die Lehrgänge an der Schule durch Lohnfortzahlung komplett abgesichert. Das schließe nicht aus, dass der Nachwuchs gesichert werden und schon frühzeitig im Kindergarten damit begonnen werden muss. Eines aber sei für sie klar, appellierte sie an alle Parteien: „Die Feuerwehr darf kein Wahlkampfthema sein“.

Steffen Harzer (MdL, Die Linke) als ehemaliger Bürgermeister weiß ebenfalls um die Probleme vor Ort und was ehrenamtlich geleistet wird. Gerade deshalb sei es wichtig, dass vom Land eine „Ehrenamtskoordinationsstelle“ finanziert werde. Außerdem seien im Gesetz Anträge zur Dienstbekleidung, zur Führerscheinregelung oder eine Freistellungs- und Entschädigungsregelung enthalten. Weitere Verbesserungen seien nicht ausgeschlossen, da das Gesetz erst noch zur Anhörung komme.

Eigentlich wollte der Kreisbrandinspektor Michael Friedel nichts sagen, machte sich dann aber dennoch Luft. Ohne drum herum zu reden, gab er zu verstehen, dass es für die Feuerwehr in Thüringen nicht um „ein kosmetisches Problem“ gehe, sondern es gebe „ein grundsätzliches strukturelles Problem“. Dazu brauche es Strukturlösungen, „die an der Basis umgesetzt werden“. „Deshalb brauchen wir eine Trennung der örtlichen von den überörtlichen Aufgaben.“